



EntschlieÙung

Tagung des Komitees der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) in Kopenhagen, 17. – 20. September 2012

Die UFE vertritt die Interessen der Beschäftigten der Steuer- und Zollverwaltungen aus allen Laufbahngruppen in ganz Europa, mit 400.000 Einzelmitgliedern organisiert in 40 einzelnen europäischen Gewerkschaften aus 20 Ländern.

Die Delegierten der Tagung des Zollausschusses in Kopenhagen haben die folgende EntschlieÙung gebilligt, um Kernanliegen von gemeinsamem Interesse unter unseren Mitgliedsgewerkschaften gegenüber dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und für die individuelle Gewerkschaftsvertretung gegenüber einzelnen Regierungsverwaltungen in den entsprechenden Ländern unserer Mitgliedsgewerkschaften voranzubringen.

Die UFE stellt mit Besorgnis fest, dass die Regierungen in nahezu allen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren systematisch und ganz bewusst die Zahl der für Zollaufgaben eingesetzten Beschäftigten verringert haben. Die Berichte, die wir aus den entsprechenden Ländern in ganz Europa erhalten haben, zeigen, dass es eine beständige und unablässige Zunahme beim Schmuggel und anderen illegalen Handelsaktivitäten gibt, die von schwerwiegendem Rauschgifthandel und Waffenschmuggel über Menschenhandel, einer drastischen Zunahme des Zigaretten- und Tabakschmuggels, einem ernsthaften Problem des Mineralölschmuggels, insbesondere in Irland und GB, Produktpiraterie bis hin zu einer erhöhten terroristischen Bedrohung für den Luft- und Seeverkehr reichen. Außerdem werden jedes Jahr Rekordbeträge an MwSt. und anderen Verbrauchssteuern nicht eingezogen.

Die UFE glaubt daher, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Zunahme illegaler Handelsaktivitäten und dem Versagen beim Einziehen von Einnahmen aus Verbrauchssteuern und einem kontinuierlichen Personalabbau gibt. Die UFE glaubt, dass es zum maßgeblichen Bekämpfen der Haushaltsdefizite und Einnahmeverluste und zum angemessenen Schutz der Grenzen und der Bürgerinnen und Bürger Europas in höchstem Maße kontraproduktiv und unverantwortlich ist, den Stellenabbau in genau dem Bereich fortzusetzen, der in der Lage ist, zusätzliche Einnahmen einzuziehen und vor Steuerumgehung zu schützen.

Die UFE fordert daher eine dringende und sofortige Investition in die Zollverwaltungen und eine anschließende Erhöhung der Beschäftigungszahlen in allen europäischen Ländern. Die UFE ist gegen die ‚Spar‘-Agenda und das Programm zum Stellenabbau im öffentlichen Sektor, welches in vielen Ländern Europas verabschiedet wurde, um angeblich die Haushaltsdefizite zu bekämpfen. Stattdessen fordert die UFE die Regierungen in ganz Europa auf, in

die Beschäftigten und angemessene Ressourcen zu investieren, als die einzige wirkliche Alternative zur Bekämpfung von Einnahmeverlusten und der Haushaltskrise verursacht durch unverantwortliche Banken und das Großkapital.

Die UFE stellt fest, dass es einige bemerkenswerte Ausnahmen zu dieser Tendenz des anhaltenden Stellenabbaus gibt, und die UFE erkennt den Vorteil stabiler Politik in Ländern wie Schweden, wo die Regierung der Zollverwaltung ein stabiles Budget zur Verfügung gestellt hat, ohne dass in den letzten sechs Jahren Kürzungen notwendig gewesen wären.

Die UFE fordert außerdem die entsprechenden Regierungen, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission dazu auf, die unschätzbare Arbeit anzuerkennen, die von den Zollbeamten geleistet wird. Unsere Grundforderung ist die Sicherstellung, dass die Beschäftigten der jeweiligen Zollverwaltungen eine faire und angemessene Vergütung für ihre Arbeit erhalten und dass die Gesundheit, Sicherheit und das Wohlbefinden unserer Mitglieder bei der Arbeit entsprechend gewürdigt und respektiert werden.

Die UFE stellt außerdem fest, dass es weiterhin Unzulänglichkeiten in einzelnen Zollverwaltungen geben wird, solange eine eingeschränkte Zusammenarbeit zwischen den Zollverwaltungen einzelner Länder besteht. Aus diesem Grund unterstützt die UFE sämtliche Initiativen für die länderübergreifende und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für gemeinsame Arbeitsinitiativen.

Die UFE stellt diesbezüglich die sich entwickelnde Tendenz bei einigen Mitgliedsländern fest, die Wirtschaftskrise als Möglichkeit zu nutzen, ein Outsourcing von öffentlichen Dienstleistungen an Unternehmen der Privatwirtschaft vorzunehmen, wobei die Unternehmen der Privatwirtschaft der Öffentlichkeit anschließend inadäquate Dienstleistungen mit zu wenigen Ressourcen zur Verfügung stellen, während die öffentliche Rechenschaftspflicht umgangen wird. Der Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen an Unternehmen der Privatwirtschaft ist inakzeptabel und unhaltbar, beeinträchtigt das öffentliche Vertrauen in die jeweilige Regierung und schädigt potentiell die Sicherheit und die Individualrechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die UFE argumentiert daher dafür, dass öffentliche Dienstleistungen von Beamten zum Wohle der Öffentlichkeit geleistet werden und nicht für private Erträge.

Die UFE ist außerdem besorgt über das zunehmende Auftreten von Angriffen gegen die grundlegenden Rechte von Gewerkschaften, das Recht der Gewerkschaften zur Organisation der Arbeiter und der Vertretung ihrer Mitglieder. Diese Angriffe reichen vom Zeitentzug für Gewerkschaftsvertreter, den Gewerkschaftsanliegen nachzugehen, nachteiligen Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, welche die Fähigkeit der Gewerkschaften einschränken oder stören, ihre Anliegen zu verfolgen und sich mit Mitgliedern zu besprechen, und im Falle unserer Kollegen in Ungarn, der aktiven Behinderung und dem Abbau der Struktur und Aktivitäten der Gewerkschaften.

Die UFE glaubt, dass starke und effektive Gewerkschaften tatsächlich ein Schlüsselindikator einer zivilisierten Gesellschaft sind, in der Regierungen und Beschäftigte in einem Umfeld fortschrittlicher Arbeitsbeziehungen zum Nutzen sowohl des Geschäfts als auch der Arbeiter zusammenarbeiten.

Die UFE fordert dementsprechend:

- dass eine umgehende und dringende Investition in die Zollverwaltungen in ganz Europa vorgenommen wird, um sicherzustellen, dass die Beschäftigungszahlen geprüft und erhöht werden;
- dass den Zollbeamten und dem Grenzpersonal eine faire und angemessene Vergütung gezahlt wird, welche das Engagement und die Professionalität der Beamten und den Wert, den die zivilisierte Gesellschaft auf einen effizienten und effektiven Zolldienst legt, reflektiert;
- dass allen Zollbeamten Arbeitsschutz zur Verfügung gestellt wird, sowohl im Hinblick auf den Schutz und die Erhaltung ihrer Gesundheit und Sicherheit als auch auf das Wohlbefinden und die Unterstützung der Beamten bei ihrer Arbeit;
- dass alle Zollbeamten eine angemessene und einheitliche Ausbildung erhalten;
- dass, wenn neue Staaten der Europäischen Union beitreten und dies zum Abbau oder Wegfall von Grenzkontrollen führt, den betroffenen Zollbeamten eine Weiterbeschäftigungsgarantie gegeben wird;
- dass die Arbeit im öffentlichen Dienst von den Beamten zum Wohle der Öffentlichkeit geleistet wird und nicht zum Nutzen privatwirtschaftlicher Erträge;
- dass einheitliche und angemessene Kontrollstandards über Ländergrenzen hinweg angewandt werden, zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs, und dass angemessene Sanktionen über Mitgliedsstaaten verhängt werden, wo kein einheitlicher Ansatz beschlossen wird;
- dass alle europäischen Länder die grundlegenden Rechte der Gewerkschaften zur Organisation der Arbeiter und zur Vertretung der Interessen ohne Angst vor Behinderung oder Repressalien respektieren. (Edition 25.Oktober 2012)